

## Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe  
der PDS/Linke Liste  
— Drucksache 12/1750 —

### Der Verfassungsschutz und die Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien

In der Antwort der Bundesregierung (Drucksache 12/1096) auf die Kleine Anfrage „Der Verfassungsschutz und die Zeitung ‚Der Schlesier‘“, in der u. a. danach gefragt wird, ob das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) auch die Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien beobachtet, heißt es: „Die Frage betrifft die Arbeitsweise des Bundesamtes für Verfassungsschutz.“ Weiter wird angeführt: „Detailliertere öffentliche Angaben zur Arbeitsweise des Bundesamtes könnten Aufschluß über die Methodik und das konkrete Beobachtungsfeld des Bundesamtes geben. Dies gilt es zu vermeiden . . .“

Im krassen Gegensatz zu dieser Antwort der Bundesregierung steht die Tatsache, daß die Bundesregierung mitunter durchaus bereit ist, die Arbeitsweise des BfV detailliert öffentlich darzulegen. In der „Inneren Sicherheit“ 4/1985 kann man beispielsweise den Artikel „Rechtsextremistische Aktionen beim Schlesiertreffen“ finden, in dem relativ ausführlich das Treiben der rechtsextremen Gruppierungen und Parteien, wie der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“, „Nationalistischen Front“, der „Friedensaktion Wiedervereinigung“, des „Gesamtdeutschen Studentenverbandes“, der „Notverwaltung des Deutschen Ostens“, der „Gemeinschaft Deutscher Osten“, der „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ usw. beschrieben wird.

#### Vorbemerkung

Die Bundesregierung setzt im Kampf gegen den Extremismus von rechts wie von links vorrangig auf die Überzeugungskraft der geistig-politischen Auseinandersetzung, die sie durch Seminare, Berichte und Broschüren intensiv und öffentlich betreibt. Dabei geht sie auch auf aktuelle Vorgänge im Bereich der extremistischen Szene ein.

Das Treffen der Landsmannschaft Schlesien am 15./16. Juni 1985 war Ziel massiver Agitationen von Rechtsextremisten. Berichte

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 20. Dezember 1991 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

darüber nahmen in der Presse breiten Raum ein. Eine sachverständige Information der Bundesregierung zu diesen Ereignissen lag daher nahe.

Im übrigen stellt die Bundesregierung klar, daß Gegenstand des in der Kleinen Anfrage genannten Berichtes in der Broschüre „Innere Sicherheit“, Heft 4/1985, nicht das Schlesiertreffen als solches, sondern die Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene waren, was dem Bericht zu entnehmen war.

1. Werden und/oder wurden auf dem jährlich stattfindenden Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien vom BfV Informationen gesammelt?
  - In welchen Jahren geschah dies,
  - aus welcher Erkenntnislage heraus geschah dies,
  - auf welcher gesetzlichen Grundlage geschah dies,
  - zu welchen Erkenntnissen über das Agieren von Rechtsextremisten kam das BfV?(bitte exakt aufschlüsseln)
2. Werden und/oder wurden auf Deutschlandtreffen anderer Vertriebenenverbände ebenfalls vom BfV Informationen gesammelt?  
Wenn ja,
  - in welchen Jahren geschah dies,
  - aus welcher Erkenntnislage heraus geschah dies,
  - auf welcher gesetzlichen Grundlage geschah dies,
  - zu welchen Erkenntnissen über das Agieren von Rechtsextremisten kam das BfV?(bitte exakt aufschlüsseln)

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 6 der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste, Drucksache 12/1096, verwiesen.

3. Warum wurde der Artikel „Rechtsextremistische Aktionen beim Schlesiertreffen“ in der „Inneren Sicherheit“ 4/1985 abgedruckt, und warum wurde in der Kleinen Anfrage „Der Verfassungsschutz und die Zeitung „Der Schlesier““ eine Antwort darauf, ob Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien beobachtet werden, verweigert?

Es wird auf die Vorbemerkung und auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

4. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß der Parlamentarische Staatssekretär Neusel die Kleine Anfrage „Der Verfassungsschutz und die Zeitung „Der Schlesier““ (Drucksache 12/1049) korrekt, sachgerecht und angemessen beantwortet hat?
  - a) Wenn ja, warum?
  - b) Wenn nein: Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß Staatssekretär Neusel unter dem Vorwand, die Arbeitsweise des BfV nicht aufdecken zu wollen, bewußt der Gruppe der PDS/Linke Liste Auskünfte verweigert?

Ja. Im übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.